

Österreichs Industrie in Aufbruchstimmung: Macht das Mercosur-Abkommen den Unterschied?

Das Mercosur-Abkommen ist entscheidend für Österreichs Wirtschaft: 32.000 Arbeitsplätze, Zollabbau und geopolitische Vorteile.



Nachrichten AG

Österreich - In Anbetracht der geopolitischen Entwicklungen und der Herausforderungen, die sich aus der Handelspolitik der USA ergeben, wird das Mercosur-Abkommen für Österreich und die EU als essenziell erachtet. Heute, am 5. April 2025, betont Christoph Neumayer, Generalsekretär der Industriellenvereinigung, dass die EU darauf angewiesen ist, ihre Handelspartner zu diversifizieren und neue Handelsabkommen abzuschließen. Die aktuelle Handelspolitik von US-Präsident Donald Trump setzt die europäischen Märkte unter Druck und zwingt Österreich zu strategischen Überlegungen, um die Wirtschaft zu stärken. Laut **ots.at** werden bestehende

Wirtschaftsbeziehungen mit den Mercosur-Staaten bereits von über 32.000 Arbeitsplätzen in Österreich unterstützt.

Das Mercosur-Abkommen könnte einen wichtigen Impuls für die österreichische Industrie bieten. Mehr als 1.400 österreichische Unternehmen pflegen Geschäftsbeziehungen zu den vier Mercosur-Staaten, wobei über 260 Unternehmen Niederlassungen vor Ort unterhalten. Durch die Absenkung der Zölle auf europäische Exporte könnte sich der Export von EU-Industriegütern um bis zu 94 Prozent steigern, was eine jährliche Einsparung von vier Milliarden Euro für EU-Unternehmen zur Folge hätte. Neumayer hebt hervor, dass das Abkommen gut ausgearbeitet sei und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und Wohlstand in Österreich beitragen könnte.

Vorteile für die österreichische Wirtschaft

Das Mercosur-Abkommen wird nicht nur als Wirtschaftsmaßnahme, sondern auch als geopolitische Notwendigkeit betrachtet. Es bietet bedeutende Vorteile nicht nur für heimische Unternehmen, sondern auch für den internationalen Klimaschutz. Laut **wko.at** können wichtige Rohstoffe wie mineralische Stoffe, seltene Erden, Häute und Felle sowie Soja zu günstigeren Preisen importiert werden. Dies könnte die österreichische Industrie, insbesondere die Lederindustrie, erheblich stärken.

Ein weiterer wichtiger Aspekt des Abkommens ist der erweiterte Schutz des Regenwaldes durch Zusatzinstrumente. Die geplanten Rechtsakte, darunter die EU-Entwaldungsverordnung und das Lieferkettengesetz, sollen helfen, die Nachhaltigkeitsziele zu erreichen, während EU-Standards für Lebensmittelsicherheit, Tier- und Pflanzengesundheit gewahrt bleiben. Die reduzierte Zollbelastung auf 91 Prozent der Waren wird als Chance für Österreichs Exportwirtschaft nach zwei Jahren Rezession eingestuft. Dies könnte insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zugutekommen, von denen 65 Prozent im Handel mit den Mercosur-Staaten aktiv sind.

Marktanalyse und internationale Herausforderungen

Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten, zu denen Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay gehören, haben seit über 25 Jahren stattgefunden. Diese Verhandlungen wurden häufig durch den Konflikt zwischen den Interessen der EU-Autobauer und -Bauern erschwert, ein Thema, das als „cars against cows“ bekannt ist. Am 5. und 6. Dezember 2024 unterzeichneten EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und die Präsidenten der Mercosur-Staaten das Abkommen, trotz Widerständen aus Ländern wie Frankreich und Polen. Die Zustimmung von EU-Rat und EU-Parlament steht jedoch noch aus und kritische Stimmen von Nichtregierungsorganisationen bezüglich des Umweltschutzes und der Arbeitnehmerrechte sind laut **wirtschaftsdienst.eu** unverkennbar.

In Fällen, in denen das Abkommen scheitert, bleiben die WTO-Regeln in Kraft, die Mercosur-Exporte in die EU erlauben. Eine Analyse zeigt, dass beide Seiten von der Liberalisierung profitieren würden, wobei die Mercosur-Staaten in der Regel mehr Gewinn erzielen. Es ist zu erwarten, dass Paraguay und Uruguay innerhalb von Mercosur mehr Nutzen aus dem Abkommen ziehen als Brasilien und Argentinien. Um jedoch die Vorteile des Abkommens voll ausschöpfen zu können, müssen die EU-Mitglieder interne Dissonanzen überwinden und sich auf eine gemeinsame Linie verständigen.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.wko.at • www.wirtschaftsdienst.eu

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at